

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

39. Jahrgang / 184

24. September 1984

Michael Reitzel MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, weist der CDU opportunistischen Umgang mit den Grünen nach: "Mehrheit ist Mehrheit". Seite 1

Antje Huber MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, wirft Minister Genscher vor, die Probleme des Auswärtigen Amtes schleifen zu lassen: Große Anfrage erforderlich. Seite 3

Günter Kiehm MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, macht auf die Bonner Mitverantwortung für die Kommunen aufmerksam: Gemeinden in Finanznot. Seite 4

### Schwarz-Grüne Bündnisse

Wenn es um Mehrheiten geht, ist die rheinland-pfälzische CDU nicht zimperlich

Von Michael Reitzel MdL  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Noch mehr als drei Wochen nach den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen betonte der CDU-Landesvorsitzende Vogel, "für die CDU seien die Grünen deshalb kein Partner, weil die Position der Grünen zum Rechtsstaat, zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zur parlamentarischen Demokratie eine solche Partnerschaft nicht zulasse. Aus diesem Grunde könnten Koalitionen oder Bündnisse, auch Personalbündnisse, nicht in Frage kommen".

Mancher sozialdemokratische Kommunalpolitiker hat dieser Behauptung des CDU-Landesvorsitzenden voreilig Glauben geschenkt und die Grünen unbedacht in der Position "sozialdemokratischer Mehrheitsmacher" gesehen. Das praktische Verhalten von Grünen und CDU-Kommunalpolitikern hingegen hat beide Meinungen Lügen gestraft: Die CDU-Kommunalpolitiker stören sich nicht am Gerede ihres Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten und sind bei der Suche nach Mehrheitsfähigkeit für ihre Personalentscheidungen nicht zimperlich, wenn es um die Herstellung von Mehrheitsfähigkeit mit den Grünen geht. Und die Grünen stören sich schon gar nicht an der Bemerkung des CDU-Landesvorsitzenden, wonach ihre Position zur parlamentarischen Demokratie eine Partnerschaft mit der CDU nicht zulasse.

In der Gemeinde Sprendlingen (Landkreis Mainz-Bingen) war das Bündnis zwischen CDU und Grünen ausschlaggebend dafür, daß der sozialdemokratische Spitzenkandidat Willi Mehler, seit 20 Jahren Bürgermeister in Sprendlingen, nicht wiedergewählt wurde und statt seiner nun ein "Neutraler" mit Hilfe von CDU und Grünen den Sozialdemokraten Willi Mehler abgelöst hat.



In Boppard hat das CDU-Mitglied Jürgen Mohr ebenfalls mit Hilfe der Grünen den seitherigen sozialdemokratischen Ortsvorsteher Wolfgang Gipp abgelöst.

In Wolfstein (Landkreis Kusel) hat die CDU - wenn auch vergeblich - versucht, den ihr zugehörigen Bürgermeister mit Hilfe der Grünen wiederzuwählen. Aber auch die CDU-Mitglieder im Kreistag Donnersberg haben versucht, mit den beiden grünen Kreistagsmitgliedern eine Listenverbindung einzugehen, um dem Kreistag einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Ausschußbesetzung zu unterbreiten. Daß es nicht zu dieser Listenverbindung kam, ist ausschließlich auf die grünen Kreistagsmitglieder zurückzuführen, die das Angebot der CDU abgelehnt haben.

Wie man sieht: Die CDU-Kommunalpolitiker haben sich schneller mit der neuen Wirklichkeit ab- und in sie eingefunden, als es ihrem Landesvorsitzenden recht sein konnte. Nach dem Prinzip "Mehrheit ist Mehrheit" hat die CDU wie selbstverständlich Bündnisse mit den Grünen gesucht und gefunden, wo es galt, eigenen Personalvorstellungen zum Erfolg zu verhelfen. Und es werden nicht die letzten Fälle "schwarz-grüner Bündnisse" bleiben.

Bleiben wird die Frage an den CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Vogel, wie er in Zukunft solche Bündnisse auszuschließen oder parteiintern zu "ahnden" gedenkt, nachdem er ob des besonderen Verfassungs- und Demokratieverständnisses der Grünen Personalbündnisse ausdrücklich ausgeschlossen hat. Den Grünen hingegen kann man das Kompliment nicht verweigern, daß sie - wie zuvor häufig die F.D.P. - ihre Position als "Zünglein an der Waage" erkannt und ohne langes Zögern in Personalmacht umgesetzt haben. (-/24.9.1984/ks/rs)

+ + +



Große Anfrage zum AA erforderlich  
-----

Genscher läßt Probleme seines Ministeriums schleifen

Von Antje Huber MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Es ist ein ungewöhnliches Ereignis, wenn die Personalpolitik eines Hauses, zumal des Auswärtigen Amtes, anhand einer Großen Anfrage im Plenum des Deutschen Bundestages behandelt wird. Der Vorgang geht allerdings auf das ungewöhnliche Verhalten des Außenministers zurück, der keinen Anlaß gesehen hat, bei seinen eigenen Parteifreunden im Auswärtigen Ausschuß, dem ein CDU-Politiker vorsitzt, sicherzustellen, daß eine Beratung seiner Haushaltsprobleme erfolgt, bevor der Haushaltsausschuß am 4. Oktober über den Etat 1985 entscheiden wird.

Die SPD-Fraktion will mit der Großen Anfrage dokumentieren, daß sie es für unerträglich hält, wenn der Minister die schwelende Diskussion über eine Reform des Auswärtigen Dienstes trotz eindeutiger Gutachten in den vergangenen Jahren nicht zum Anlaß nahm, durchgreifende Verbesserungen anzustreben und sich dafür auch im Fachausschuß Bundesgenossen zu suchen, und es jetzt dem Personalrat des Auswärtigen Amtes überläßt, bei Bundestagsfraktionen die Sorgen und Defizite des Hauses vorzutragen. Mit seiner Forderung nach einem eigenen Gesetz verbindet der Personalrat wohl nicht zuletzt die Hoffnung, daß das Parlament gesetzlich reparieren möge, was der Minister seit Jahren schleifen läßt.

Dabei hätte er in den erheblich gewachsenen Aufgaben des Auswärtigen Amtes gute Gründe, sowohl eine größere Personalverstärkung in bestimmten Bereichen als auch notwendige, vom Bundesrechnungshof angemahnte Strukturveränderungen durchzusetzen, um gegenüber anderen Ministerien, vor allem aber den Auslandsvertretungen vergleichbarer Länder besser abzuschneiden. Schließlich wäre es auch dringend erforderlich, die sozialen Belange und die Sicherheitsprobleme der Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes ernster zu nehmen, um den Dienst möglichst sicher und wieder attraktiv zu machen.

Die SPD-Fraktion ist befremdet darüber, daß der Auswärtige Ausschuß sich nunmehr erst mit dem Haushalt 1986 befassen wird. Nach unserem Verständnis wird ein solches Verfahren der Bedeutung des Auswärtigen Dienstes nicht gerecht. Dies soll die Große Anfrage zur Reform des Auswärtigen Dienstes untermauern. (-/24.9.1984/ks/rs)

+ + +



**Die Bundesregierung ist gefordert**  
-----

Ohne Verbesserung der Gemeindefinanzen keine Steigerung kommunaler Investitionen

Von Günter Kiehm MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Oktober 1983 Anträge vorgelegt

- den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu erhöhen und Vergünstigungen bei der Gewerbesteuer abzubauen,
- die Gemeindefinanzreform fortzusetzen - etwa durch Einführung der Wertschöpfungssteuer.

Erst jetzt ist im Innenausschuß des Deutschen Bundestages über die Anträge beraten worden.

Wenn man der Argumentation der CDU/CSU Glauben schenken will, gibt es keine Notwendigkeit, die Gemeindefinanzen zu verbessern. Über Veränderungen im Gemeindefinanzsystem werde in Sachverständigengremien beraten, die von der Regierung berufen wurden. Handlungsbedarf sei nicht vorhanden - unmißverständliches Votum der Regierungsfraktion: Anträge ablehnen.

Wenn diese Entscheidung zwei Tage nach einem Alarmsignal der Bauwirtschaft erfolgt, muß man sich schon wundern. Die Gemeindefinanzen sind nach den Darstellungen der Bauwirtschaft in einem Zustand, daß die Bauwirtschaft darunter notleidet. Die Sachinvestitionen der Gemeinden gingen von 1982 auf 1983 um circa neun Prozent auf 31,4 Milliarden DM zurück, im ersten Halbjahr 1984 um 5,2 Prozent, die Bauinvestitionen um 6,7 Prozent. Ergebnis: Unzureichende Auftragslage in der Bauwirtschaft. In den ersten sechs Monaten zwölf Prozent mehr Konkurse und Vergleiche als im Vorjahr, mit 133.800 Arbeitslosen im Juni 1984 - mitten in der Bausaison - circa sieben Prozent mehr Arbeitslose als im Vorjahr.

Mangels Masse üben die Gemeinden Zurückhaltung nicht nur bei Neuinvestition, sondern auch bei Erneuerung und Unterhaltung - mit negativer Wirkung insbesondere für das Bauhandwerk. Haushaltssanierung auf Kosten der Zukunft. Unterlassene Investitionen in der Abwasserreinigung oder fehlende Erneuerung von Feuerungsanlagen führen



zu fortdauernder oder wachsender Umweltbelastung. Die Stärkung und dauerhafte Sicherung der Gemeindefinanzen wäre ein Beitrag, Umweltschutz zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern.

Nun werden natürlich auch in den Gemeinden steigende Steuereinnahmen festgestellt. Zu Recht darf aber bezweifelt werden, daß damit dauerhaft eine Sicherung und Verbesserung der Gemeindefinanzen erreicht wird.

Einer Einnahmeverbesserung in 1983 um 2,4 Milliarden DM stand allein eine Mehrausgabe im sozialen Sektor von einer Milliarde DM gegenüber. Die geplante Steuerreform ab 1986 wird den Städten und Gemeinden fünf bis sechs Milliarden DM Einnahmen entziehen. Ein Ausgleich ist nicht in Sicht, obwohl der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung versprochen hat, Steuerausfälle auszugleichen. Droht ein neuer Wortbruch?

Die Regierung räumt ein, es gehe einzelnen Gemeinden schlecht, nicht allen. Hier einen Ausgleich zu schaffen, sei nicht Aufgabe des Bundes. Es ist aber Bundessache, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sorgen. Vor Ungleichheiten im Vermögen der Länder den Gemeinden zu helfen, darf der Bund nicht die Augen verschließen. Weil der bundesstaatliche Finanzausgleich ungerecht ist und die Strukturunterschiede verstärkt, besteht hier Handlungsbedarf. Man darf auf die Antwort des Finanzministers an den Innenausschuß gespannt sein.

Die Debatte im Bundestag wird weitergehen. Man darf auch in der Zwischenzeit gespannt sein auf die Reaktion der Betroffenen. CDU und CSU verweisen auf Berichte der Spitzenverbände über die solide kommunale Finanzlage, Kritik wird abgetan als utopische Vorstellung kommunaler Kämmerer. (-/24.9.1984/ks/rs)

+ + +





Jürgen Roth / Berndt Ender  
**Dunkelmänner  
der Macht**

Jürgen Roth / Berndt Ender  
**Dunkelmänner  
der Macht**  
Politische Geheimzirkel  
und organisiertes Verbrechen

272 Seiten  
Broschur  
DM 24,00



Jürgen Roth und Berndt Ender

**Über die Autoren:**

*Jürgen Roth*, 1945 geboren, arbeitet als Journalist und Schriftsteller. Zahlreiche Buchveröffentlichungen. Ständiger Mitarbeiter der IG-Metall-Mitgliederzeitschrift *metall*.

*Berndt Ender*, 1943 geboren, Soziologe und Journalist. Arbeitet derzeit bei Österreichischer Fernsehen in Wien.

Von Jürgen Roth bereits im  
Lamuv Verlag erschienen:



**Fordern Sie  
unseren  
kostenlosen  
Gesamtprospekt  
an!**

Die meisten »mündigen« Bürger wissen nichts davon, wie bestimmte politische Kräfte daran gearbeitet haben und immer noch arbeiten, an die Macht zu kommen beziehungsweise die Macht absolut an sich zu reißen. In diesen Machtzentren, politischen Frühstückskartellen sitzen Politiker aus der Bundesrepublik, deren Qualität darin besteht, das Wort von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung besonders häufig zu benutzen. Im Hinterzimmer jedoch arbeiten sie mit denjenigen zusammen, die in einem internationalen Netzwerk organisiert sind. Es soll versucht werden, diese heimlichen Machtkartelle, die Kulissenschieber und ihre Hintermänner darzustellen. Dazu war es erforderlich, mit kriminalistischen Methoden Einzelteile zu einem Gesamtbild zusammenzufügen, Spuren zu verfolgen ... Wenn sich am Ende ein erschreckendes Szenarium darstellt, dann wohl auch deshalb, weil man bestimmte politische Ereignisse häufig nur für sich alleine und national beschränkt betrachtet und den politischen und internationalen Kontext übersieht. Das belegen Enthüllungen über die italienischen Geheimtologen zum Beispiel, über die finanziellen Machenschaften spanischer katholischer Kreise, über Waffenschmuggel, über Drogenhandel, darüber, warum bestimmte Rechtsextremisten mit politischer Rückendeckung in der Bundesrepublik rechnen können.

**Heinrich Böll  
Mein trauriges Gesicht**



Unser Buch zum Orwell-Jahr. Eine Erzählung Heinrich Bölls aus dem Jahr 1950 mit 84er Thematik. Graphiken von Arnulf Raiber.

Heinrich Böll  
**Mein trauriges Gesicht**  
Erzählung

32 Seiten, mit Graphiken von Arnulf Raiber, Broschur  
**DM 12,80**  
ISBN 3-88977-006-1

**Manfred Budzinski (Hg.)  
Aktionshandbuch  
Ausländer**



Das Aktionshandbuch zeigt Möglichkeiten eines besseren Zusammenlebens mit den Ausländern auf. Es bietet Argumente gegen Vorurteile, Berichte aus anderen Ländern, Anregungen für Aktionen u. v. m.

Manfred Budzinski (Hg.)

**Aktionshandbuch Ausländer**

224 Seiten mit Abb  
Lammy Taschenbuch 32  
**DM 12,80**  
ISBN 3-921521-97-1

**Michael Muermann  
Musto, Sahhe  
und Ousse**



Über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren wird die Geschichte einer kurdischen Familie erzählt.

Michael Muermann  
**Musto, Sahhe und Ousse ...**  
Eine Geschichte aus Kurdistan

180 Seiten, Broschur  
**DM 18,80**  
ISBN 3-88977-004-5

**Jorge Icaza  
Caballero im  
geborgten Frack**



Der Roman schildert die Geschichte eines Stadtmestizen, eines jungen Mannes, der vornehm sein und etwas gelten möchte. Er lebt zwischen zwei Welten, der Welt der Weibchen und der Welt der Indios. Icaza erkundet die geheimsten Winkel der Sozialpsychologie der Andenstaaten.

Jorge Icaza  
**Caballero im geborgten Frack**  
Roman aus Ecuador

240 Seiten,  
Dialog Dritte Welt 19  
**DM 16,80**  
ISBN 3-88977-005-3

**Die Befreiung des  
Latscho Tschawo**



1943 kommt der elfjährige Sinto Latscho Tschawo ins KZ Auschwitz. Er überlebt. Heute fragt er sich: Würde ich wirklich befreit?

**Die Befreiung des  
Latscho Tschawo**  
Ein Sinto-Leben in  
Deutschland

144 Seiten, Broschur  
**DM 16,80**  
ISBN 3-88977-002-9

**Indres Naidoo, Albie Sachs  
Insel in Ketten**



Indres Naidoo, einer der Führer des African National Congress (ANC), war zehn Jahre auf Robben Island, der Gefängnis-Insel Südafrikas, inhaftiert. Er erzählte Albie Sachs vom Kampf der Gefangenen um Nahrung und Gesundheit, um Wärme, um Nachrichten, für Lieder, für Schönheit und Würde.

Indres Naidoo/Albie Sachs  
**Insel in Ketten**  
Bericht aus Südafrika

288 Seiten,  
Dialog Dritte Welt 18  
**DM 16,80**  
ISBN 3-921521-75-0

BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich:

Lieferung erfolgt portofrei!


Name/Adresse:

-----

-----

PLZ ORT

-----

Datum Unterschrift

Best. Bitte senden an Lamm Verlag, Martinstr. 7 D 53071 Bonn im-Rhein